

Fachbereich: Abteilung I - Zentrale Dienste

**Sachbearbeiter: Heinz-Martin Lieser**

DSNR: XII-2024-0721

**Antragsteller: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

## Antrag

### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Demokratiesatzung der Gemeinde Cölbe**

#### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>Am</b>	<b>Status</b>
Ausschuss für Soziales und Integration, Sport und Kultur	16.09.2024	vorberatend
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	18.09.2024	vorberatend
Gemeindevertretung	23.09.2024	beschließend
Ausschuss für Soziales und Integration, Sport und Kultur	25.11.2024	vorberatend
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	27.11.2024	vorberatend
Gemeindevertretung	05.12.2024	beschließend

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung Cölbe möge beschließen:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, die im Anhang beigefügte Demokratiesatzung umzusetzen und einzuhalten.

*Kosten:* Im Haushalt werden jährlich 15.000 € für Maßnahmen im Sinne der Demokratiesatzung bereitgestellt.

#### **Begründung:**

Anfang 2024 veröffentlichte das Investigativ-Team von Correctiv eine aufsehenerregende Recherche über ein geheimes Treffen hochrangiger AfD-Politiker, Neonazis und einflussreicher Unternehmer in Potsdam. In diesem Treffen, das im November 2023 stattfand, wurde ein sogenannter "Geheimplan gegen Deutschland" diskutiert. Der Plan beinhaltete unter anderem die Massendeportation von bis zu zwei Millionen Menschen, darunter auch "unassimilierte" Bürger, sowie die Schaffung eines "Modellstaats" in Nordafrika, wohin diese Menschen deportiert werden sollten. Die Veröffentlichung dieser Informationen führte zu massiven Protesten in ganz Deutschland (siehe z.B. OP vom 1. Feb. 2024, S. 13) und entfachte eine breite öffentliche Debatte über die Radikalisierung der AfD und die Bedrohung der deutschen Demokratie durch rechtsextreme Netzwerke.

Die Folgen der Veröffentlichung waren erheblich. Es gab eine starke Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen den Aufstieg des Rechtsextremismus, was zu groß angelegten

Demonstrationen führte. Insgesamt herrscht in der deutschen Öffentlichkeit eine wachsende Besorgnis darüber, dass die Demokratie durch die aktuellen politischen Entwicklungen gefährdet ist.

Auch in Hessen gibt es Herausforderungen durch rechtsextreme Gewalt und Terrorismus, die eine ernste Bedrohung für die Demokratie darstellen. erinnert sei an die Ermordung von Walter Lübcke und die Morde von Hanau, die neun Menschen mit Migrationshintergrund betrafen. Es erfordert dringende Maßnahmen, um diese Gefahren wirksam zu bekämpfen.

Eine Demokratie muss entscheiden, wie sie sich schützt und gleichzeitig präventiv, bildend und aufklärend in der Gesellschaft wirkt. Menschen leben im Einflussbereich von Städten und Kommunen. Auch wir in Cölbe können mehr für unsere Demokratie tun. Eine Demokratiesatzung alleine rettet die Demokratie nicht, aber sie schafft die Grundlagen dafür, dass das Thema wach bleibt und dass finanzielle Mittel bereitstehen. Damit können wir Demokratietarbeit ermöglichen und gestalten.

Mit der Demokratiesatzung würde Cölbe bundesweit ein starkes Signal senden, wie selbst kleine Gemeinden aktiv zur Stärkung der Demokratie beitragen können. Es wäre erfreulich, wenn viele andere Kommunen diesem Beispiel folgen würden. Das wäre ein kraftvolles Zeichen für unsere Demokratie.

Ute Hoppe, Dr. Jürgen Bunde

**Fraktionsvorsitz Bündnis 90 / Die Grünen**

***Wir bitten um Vorabverweisung Ausschuss für Soziales und Integration, Sport und Kultur (SISK) und an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss (HFW).***

**Ziel und Gesamtkosten bei Projekten, Kostendeckungsgrad, Deckung:**

**Maßnahme wurde auf Förderfähigkeit geprüft:**

**Anlagen:**

1. Antrag GRÜNE\_Demokratiesatzung

**Beteiligte:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen